

Pensionen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	NEOS
<u>Programm im Überblick</u>	<p>Verfassungsgesetzliche Absicherung der Pensionskontogutschrift.</p> <p>Derzeit erhält eine alleinstehende Person eine Ausgleichszulage von 1.000 € pro Monat, wenn 30 Arbeitsjahre vorliegen. Laut dem Wahlprogramm sollen in Zukunft auch Kindererziehungszeiten für die erforderlichen 30 Jahre berücksichtigt werden.</p> <p>Die Familienausgleichszulage beträgt derzeit 1.334,17 € pro Monat. In Zukunft soll die Familienausgleichszulage 1.500 € betragen, wenn einer der beiden PartnerInnen 30 Arbeitsjahre (inkl. KEZ) erworben hat.</p> <p>Negativsteuer für AusgleichszulagenbezieherInnen</p> <p>Erhöhung der Pensionssicherungsbeiträge bei Sonderpensionen und Abschaffung des Pensionskassenprivilegs. Problem der "organisationsbedingten Frühpensionierungen" wird angesprochen.</p>	<p>Angleichung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche Pensionsalter.</p> <p>Erhöhung der Abschläge bei der Korridor pension von derzeit 5,1% pro Jahr auf 5,5%.</p> <p>Erhöhung des Zuschlages bei Erwerbstätigkeit über das Regelpensionsalter von 4,2 % auf 5,5 % pro Jahr.</p> <p>Gänzlicher Entfall der Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenpensionsversicherungsbeiträge, wenn man über das Regelpensionsalter hinaus erwerbstätig ist.</p> <p>Komplette Abschaffung aller Pensionsprivilegien</p>	<p>Eine Mindest-Alterspension von 1.200 € monatlich ab 40 Versicherungsjahren bei besserer Anrechnung von Kindererziehungszeiten.</p> <p>Harmonisierung der Pensionsysteme und Abschaffung der Luxus pensionen.</p> <p>Keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und Umsetzung einer gerechten Schwerarbeiterregelung.</p> <p>Nachhaltige Sicherung der Gesundheits- und Pflegeversorgung.</p>	<p>Flexibles Pensionsmodell, das jährlich über die zu erwartende Auszahlung Auskunft gibt.</p> <p>Ende der Pensionsprivilegien.</p> <p>Die NEOS haben sich immer wieder öffentlich dafür ausgesprochen 5 Milliarden pro Jahr im Pensionsbereich einzusparen.</p> <p>Sie treten auch dafür ein, dass das Frauenpensionsalter früher an jenes der Männer angeglichen wird als dies verfassungsrechtlich bereits verankert ist.</p> <p>Die NEOS haben sich auch immer für die Einführung einer Pensionsautomatik ausgesprochen.</p>

Bewertung

Die Vorschläge der **SPÖ** im Wahlprogramm zum Bereich Pensionen (verfassungsrechtliche Absicherung der Pensionskontogutschrift, Verbesserungen bei der Ausgleichszulage plus und Negativsteuer auch für AusgleichszulagenbezieherInnen) sind aus ArbeitnehmerInnen­sicht zu begrüßen.

Die Forderung der **ÖVP** „Angleichung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche“ meint wahrscheinlich die Angleichung an das Regelpensionsalter (Männer: 65, Frauen derzeit 60 Jahre). So lange es im gesetzlichen Pensionssystem unbefristete Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen gibt, die logischerweise nicht auf ein gewisses Lebensalter abstellen, kann dieses Ziel nicht erreicht werden, da diese Pensionen zwangsläufig das durchschnittliche faktische Pensionsantrittsalter senken.

Im Wahlprogramm der **ÖVP** ist eine Erhöhung der Abschläge auf 5,5 Prozent pro Jahr bei Inanspruchnahme der Korridor­pension vorgesehen. Dazu ist festzuhalten, dass die derzeitigen Abschläge bei der Korridor­pension von 5,1 Prozent pro Jahr bereits sehr hoch sind und der Vorschlag zu weiteren Pensions­kürzungen führen würde.

Laut dem Wahlprogramm soll der Zuschlag für den Fall der Erwerbstätigkeit über das Regelpensionsalter hinaus von 4,2 Prozent auf 5,5 Prozent pro Jahr angehoben werden. Dazu ist festzuhalten, dass der Zuschlag nur dann zur Anwendung kommt, wenn man auch den Pensionsantritt über das Regelpensionsalter hinaus aufschiebt. Die meisten Menschen, die länger als bis zum 65. (Männer) bzw. 60. (Frauen) Lebensjahr arbeiten, beziehen jedoch gleichzeitig die Pension und das Erwerbseinkommen und schieben den Pensionsantritt nicht auf. Da die derzeitige Regelung für die Betroffenen sehr günstig ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung des Zuschlages dazu führt, dass die Menschen ihren Pensionsantritt verstärkt aufschieben. Im Ergebnis würden daher wahrscheinlich lediglich Mitnahmeeffekte entstehen.

Seit Anfang 2017 entfällt die Hälfte der Pensionsversicherungsbeiträge, wenn der Pensionsantritt über das Regelpensionsalter hinaus aufgeschoben wird. Da diese Regelung bisher nicht dazu geführt, dass die Versicherten ihren Pensionsantritt verstärkt aufschieben, ist auch nicht davon ausgehen, dass der gänzliche Entfall der Pensionsversicherungsbeiträge zu einer Verhaltensänderung führt.

Die **FPÖ** schlägt eine Mindest-Alterspension von 1.200 € monatlich ab 40 Versicherungsjahren vor. Von einer derartigen Regelung würden insbesondere jene Menschen profitieren, die während ihres Erwerbslebens ein relativ niedriges

Erwerbseinkommen hatten, auch jene, die weniger als 1.200 € monatlich verdient haben. Bei der Ausgleichszulage plus kann ebenfalls der Fall eintreten, dass jemand 1.000 € pro Monat als Pension erhält, obwohl er/sie als Arbeitnehmer/in bzw. Selbständige/r weniger als diesen Betrag verdient hat, der wesentliche Unterschied ist jedoch, dass es im SPÖ- Modell zu einer Bedarfsprüfung kommt und das FPÖ Modell in Richtung einer Grundpension geht. Aus ArbeitnehmerInnensicht ist eine gute finanzielle Absicherung im Alter grundsätzlich zu begrüßen. Zu bedenken ist jedoch, dass Grundpensionsmodelle in der Regel sehr teuer sind und dieses Geld dann wahrscheinlich bei anderen Versichertengruppen wieder eingespart wird. Die FPÖ fordert auch die Umsetzung einer gerechten Schwerarbeiterregelung. Im FPÖ Wahlprogramm finden sich jedoch keinerlei Ausführungen darüber, was darunter zu verstehen ist.

Die **NEOS** sprechen sich am offensichtlichsten für Pensionskürzungen aus. Das Einsparungsziel von 5 Milliarden € jährlich, die frühere Angleichung des Frauen- an das Männerpensionsalter und die Einführung einer Pensionsautomatik würden allesamt zu Verschlechterungen unseres Pensionssystems führen.